



Bochumer Friedensplenum

c/o Ludwig Quidde Forum
Brückstr. 46
44787 Bochum
0234/579 678 72
Internet: <http://www.bo-alternativ.de>
Email: Friedens-Plenum@bo-alternativ.de

Treffpunkt:
jeden 2. u. 4. Mittwoch 19.30 Uhr
Bahnhof Langendreer, Raum 6

Liebe FriedensfreundInnen,

am 1. September ist Anti-Kriegstag. Viele von uns werden dann bedauerlicherweise in Dortmund sein, weil das Versagen von Politik und Polizei dazu geführt hat, dass ausgerechnet an diesem Datum einer der größten und widerlichsten Naziaufmärsche in Deutschland versucht wird. Mit vielen anderen werden wir versuchen, uns dem erfolgreich in den Weg zu stellen.

Unsere traditionelle Aktion zum Anti-Kriegstag in Bochum haben wir deshalb um einen Tag vorverlegt auf

Freitag, den 31. August. Wir treffen uns um 15 Uhr am Glascafé am Husemannplatz.

Wir haben andere Organisationen eingeladen, bei der Aktion mitzumachen. Das Friedensplenum wird insbesondere auf die Rüstungsexporte der deutschen Waffenschmieden aufmerksam machen. Die Textfassung unseres Flugblattes ist auf der Rückseite.

Die Bochumer Occupy-Initiative will z. B. das unsägliche Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das jetzt den militärischen Einsatz der Bundeswehr im Inneren erlaubt, zum Thema machen.

Ein sehr wichtiger weiterer Termin ist die Berufsbildungsmesse am 12. und 13. September im RuhrCongress. Hier hat das Jugendamt der Stadt Bochum erneut die Bundeswehr eingeladen, sich wie eine normale Arbeitgeberin zu präsentieren. Offenbar hat unser Protest im vergangenen Jahr nicht ausgereicht, um diesen Skandal zu unterbinden. Wir werden deshalb in diesem Jahr die Öffentlichkeit nachdrücklicher darauf aufmerksam machen, dass Werbung zum Töten anderer Menschen in den unterschiedlichsten Ländern keine Aufgabe des Jugendamtes und kein Bildungsauftrag für Schulen sein darf. Kommt macht mit - wir brauchen Unterstützung. Treffpunkt ist an beiden Tagen 8.45 Uhr vor dem RuhrCongress.

Mit freundlichen Grüßen

Das Friedensplenum

Antikriegstag 2012:

Die einen werden reich – die anderen sind tot

Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen einer der schrecklichsten Kriege der Menschheitsgeschichte. Die Erinnerung an 60 Millionen Tote, Elend und Not trug dazu bei, dass wir in Mitteleuropa seit 67 Jahren keinen Krieg mehr selbst erleben mussten. Doch das Geschäft mit dem Krieg geht weiter.

Die deutschen Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. U-Boote und Kriegsschiffe, Kampffjets und Militärhubschrauber, Panzer und Raketenwerfer, Sturmgewehre und Maschinenpistolen, Lizenzen zur Waffenproduktion und ganze Rüstungsfabriken werden weltweit ausgeliefert.

Jede Minute stirbt ein Mensch an den Folgen einer Gewehrkegel, einer Handgranate oder einer Landmine. Fachleute schätzen, dass alleine durch Gewehre und Pistolen der Waffenschmiede Heckler & Koch nach dem Zweiten Weltkrieg weit mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren haben. Weitere ungezählte Kriegsoffer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

Selbst wenn die Waffen und Rüstungsgüter nicht eingesetzt werden, sind finanzielle Mittel gebunden, die damit für Bildung und Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Deutschland ist Europameister bei den Rüstungsexporten. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen selbst Diktaturen und autoritäre Regime, die die Menschenrechte mit Füßen treten.

Genehmigt werden Rüstungsexporte von der Bundesregierung und ihren nachgeordneten Behörden. Mit Rüstungstransfers werden in den Empfängerländern häufig bestehende Konflikte verstärkt, finanzielle Mittel für Bildung und Armutsbekämpfung fehlen.

Unzählige Menschen werden getötet, verwundet oder traumatisiert.

Wer weitere Opfer dieser skandalösen Politik vermeiden will, muss die Geschäfte mit dem Tod beenden, den Waffenhandel stoppen und letztlich die Herstellung und Verbreitung von Kriegsgerät einstellen. Deshalb fordern wir mit der Aktion Aufschrei, die sich den Stopp des Waffenhandels zum Ziel gesetzt hat, eine Klarstellung im Grundgesetz:

Die Ausfuhr von Kriegswaffen soll grundsätzlich verboten werden.

Aktuelle Formulierung des Grundgesetzartikels 26(2)
Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2)
Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.